

Recht auf Wohnen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: KV Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum: 22.10.2019
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu W-01

Von Zeile 449 bis 451:

weiteres Instrument zur preislichen Regulierung des überhitzten Wohnungsmarktes an die Hand. ~~Weil mit dem Mietendeckel juristisches Neuland betreten wird, ist es richtig, dass Umsetzbarkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtssicherheit sorgsam geprüft werden.~~ Ungeachtet des Berliner Vorstoßes und den damit verbundenen verfassungsrechtlichen Fragen, wollen wir eine Grundgesetzänderung erreichen, die den Ländern eine Gesetzeskompetenz zur Mietenbegrenzung eindeutig zuordnet. Das schafft Rechtssicherheit und stärkt die Länder in ihrem Auftrag die Mieten- und Wohnungspolitik als ein Bestandteil der Daseinsvorsorge durchzusetzen.